

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Jean Monnet Chair und Lehrstuhl Makroökonomik, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. (www.eiivw.eu) welfens@eiivw.uni-wuppertal.de; Tel +49 0202 4391371 **27.2.2015**

- **Griechenland-Krisenmanagement über Jahre schlecht: in Berlin, Paris, Brüssel, Athen**
- **Wenn Berlin, Paris und Brüssel die Griechenland-Krise ohne Neujustierung laufen lassen, wird die Politische Psychologie der griechischen Wirtschafts- und Politikkrise zu einer Anti-Euro-Mehrheit in Deutschland führen: mit nachfolgender EU-Impllosion**
- **Finanzminister Varoufakis als Verhandlungspartner der EU unakzeptabel**

Drohende Selbstzerstörung der Eurozone durch die Griechenland-Krise

Der Deutsche Bundestag stimmt der Griechenlandhilfe unter veränderten Bedingungen zu und gibt damit der neuen griechischen Regierung Chancen, Strukturreformen und Wachstumspolitik zu realisieren. Sehr originell ist das einfache Verlängern der Griechenland-Hilfe um einige Monate nicht, zu ineffizient war der bisherige Hilfsansatz, zu inkonsequent die bisherige Regierung bei den Privatisierungen – und geschichtslos und unverantwortlich war es seitens Deutschlands und anderer Euro-Länder, Griechenland in die längste Rezession eines westlichen Industrielandes in der Geschichte laufen zu lassen. Sonderbar im Übrigen die Fehleinschätzungen des IWF – in 2010 hieß es, die Rezession in Griechenland werde ein Jahr dauern. Was ist da schief gelaufen und wird es nun besser werden? Und wozu wird das Ganze in der jetzigen Ausrichtung führen? Der Befund lautet zusammen gefasst, dass wohl in einigen Monaten ein drittes Hilfspaket notwendig sein wird und dass nur eine neu justierte Wirtschaftspolitik in Griechenland sowie ein Marshall-Plan bzw. Stiftungsfonds Griechenland einen Durchbruch bringen kann; und dass Minister Varoufakis wohl kaum zu halten sein wird.

Man kann die Euro-Krise als faktische Krise mehrerer Euro-Länder ansehen, die nach den schwierigen Anpassungsjahren 2010-2014 bei Irland und Portugal sowie Spanien überwunden ist. Im Fall Griechenlands aber hat man demnächst ein drittes Hilfsprogramm zu schultern und damit entsteht ein verheerender Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern, soweit es um die Währungsordnung des Euros unter dem Zepter der Europäischen Zentralbank geht: Statt dass die Geldfunktionen Recheneinheit, Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel geräuschlos im Alltag sichergestellt sind und man allenfalls gelegentlich über Auf- oder Abwertungsphasen der Währung diskutiert – wie bei der D-Mark –, entsteht der Eindruck für die Öffentlichkeit: Die Institutionen der Eurozone können Stabilität nicht liefern beziehungsweise haben über viele Jahre ein widersprüchliches und letztlich nicht funktionierendes Krisenmanagement realisiert. Ein kleines Land wie Griechenland ist offenbar in der Lage, über mehr als fünf Jahre mehr als ein Dutzend Regierungen und Parlamente in Euro-Partnerländer zu beschäftigen. Am Ende drohen, so der Eindruck, auch noch gewaltige Rettungsrisiken für die deutschen Steuerzahler, wobei die CESifo-Zahl von Hans-Werner Sinn jeweils den Höhepunkt der Worst-case-Szenarien beschreibt: 2012 hieß es, dass die Eurokrise mit Rettungskosten bis zu 60% des Bruttoinlandsproduktes für Deutschland verbunden sein könnten; wahrscheinlich sind höchstens 2-3%, aber die Horrorzahlen von Sinn verfehlen ihren Eindruck nicht – Instabilitätsschimären entstehen in der Wahrnehmung vieler, nicht bei den Finanzprofis. Wenn man hinzunimmt, dass die Zinssätze u.a. durch den Sichere-Hafen-Effekt und die EZB-Politik der mengenmäßigen Lockerung (QE-Politik) extrem niedrig für die Sparer sind und man der Darstellung einer Nicht-Wirtschaftsjournalistin im TV folgt, es handle sich bei der EZB-Politik um eine harte Enteignung der Sparer, dann ist absehbar, wann das scheinbar ewige Missvergnügen der Euro- bzw. Griechenland-Krise immer mehr Menschen skeptisch und letztlich entschieden negativ gegenüber dem Europrojekt werden lässt. Die erste sehr erfolgreiche Euro-Dekade haben viele Menschen dabei fast vergessen.

Dass Griechenland in die Eurozone kam, ist im Übrigen nicht so sehr statistischen Mogeleyen in Athen zuzuschreiben, sondern der Unfähigkeit der Westeuropäer, in Sachen Verteidigung selbst aktiv zu werden – letztlich sind die USA hier paradoxerweise der Treiber gewesen, im Umweg über die Türkei-EU-Kandidatenfrage. Unmittelbar nach dem Kosovo-Krieg, bei der die USA die Rolle des Militärpolizisten gegen Serbien spielte, zuverlässig dabei von der Türkei unterstützt, machten die USA vor dem G7-Gipfel in Köln Druck, dass die EU endlich der Türkei den EU-Kandidatenstatus zubillige. Bremser bei dieser Frage war bis dahin Griechenland gewesen. Die

Bundesregierung nahm das Anliegen der USA positiv auf und signalisierte der griechischen Regierung, dass man eine Euro-Mitgliedschaft künftig unterstützen werde, vorausgesetzt, dass aus Athen nicht weitere Einsprüche zu einem EU-Kandidatenstatus der Türkei kämen – und natürlich müssten die Konvergenzkriterien erfüllt werden. Die Jahre 2001-2007, als Griechenland hohes Wachstum verzeichnete und sogar A-Rating erreichte, wurden jedoch nicht genutzt, um institutionelle Reformen in Griechenland als Mitglied der Eurozone voran zu treiben; die Defizitkriterien wurden überhaupt nicht durchgesetzt, sogar im Boom überstieg die Defizitquote die zulässige 3%-Marke. Griechenlands Leistungsbilanzdefizitquote war strukturell negativ, was Probleme bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit anzeigte und die Auslandsverschuldung immer weiter ansteigen ließ. Diese waren mit verursacht durch viel zu hohe Löhne im öffentlichen Dienst, wo der Lohnvorsprung gegenüber dem Privatsektor bei rund 20% lag – ähnlich wie in Spanien und Portugal. Rund ¼ der Beschäftigten in Griechenland waren im Staatsdienst tätig, etwa doppelt so viel wie in Deutschland, die entsprechende Beschäftigungsquote in Griechenland war auch 2014 bei etwa 23% und damit viel zu hoch.

Die neue Tsipras-Koalitionsregierung hat erkennbar wenig realistische Vorstellung von einer erfolgversprechenden Modernisierungsstrategie – die Tsipras-Aussage, man wolle auf einen starken Staatssektor auch in der Wirtschaft setzen, schiebt alle Erkenntnisse der postsozialistischen Modernisierung der erfolgreichen osteuropäischen EU-Länder beiseite. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Griechenland wieder in einer Rezession ist oder in der Stagnation landet. Man wird der neuen Regierung fairer Weise einige Quartale Zeit geben müssen, damit sie ihre Fähigkeit zu Modernisierungs- und Wachstumspolitik beweist, aber man kann auf Basis des fehlenden Koalitionsprogramms und einer erkennbar widersprüchlichen Wirtschaftspolitik doch skeptisch sein, dass die Tsipras-Regierung eine erfolgreiche Reform- und Wachstumspolitik umsetzt. Die aus Athen zu hörenden Drohungen gegen die Euro-Partner sind sonderbar: Man dürfe die neue Tsipras-Koalition nicht kritisch bei ihrer Politikleistung betrachten, da nach ihr bei Neuwahlen rechtspopulistische Kräfte deutliche Stimmengewinne verzeichnen würden. Der Politikstil von Finanzminister Varoufakis ist auch wenig geeignet, Griechenland politische Unterstützung von Partnerländern in der EU zu verschaffen.

Die unendliche Abfolge von TV-Talk-Shows in Deutschland zum Thema Eurokrise bzw. Griechenlandkrise, bei denen die Akteure oft wild durcheinander reden und ohnehin die nicht einfachen Kernfragen meist nicht geklärt werden, sind eine permanente Anti-Euro-Werbung mit hohen Einschaltquoten. Hier treten diverse Politiker der Regierung immer wieder mit an und tragen zur Verwirrung des Publikums bei. Das Problem der Bundesregierung ist, dass sie über Jahre keine realistische Sichtweise der Griechenland-Probleme hatte und weder in Sachen Privatisierung umfassenden Druck machte, noch breite technische Hilfe – etwa wie von mir verschiedentlich vorgeschlagen – via Osteuropa-Bank EBRD mobilisierte, wo es enorme Privatisierungs- und Modernisierungsexpertise gibt. Gegenüber Griechenland fünf Jahre Austeritätspolitik durchzusetzen, ohne eine flankierende Modernisierungspolitik bzw. einen Europäischen Marshall-Plan auf den Weg zu bringen, ist ein historisches Versagen. Im Übrigen: Während die Sparkassen-Stiftung in zig asiatischen Ländern ein Sparkassensystem zu schaffen half, gab es in Sachen Griechenland – hier fehlt ein solches System – praktisch keinerlei Initiative seitens der Bundesregierung.

Das Auftreten der neuen, politisch schrägen Koalitionsregierung in Athen ist auch nicht gerade geeignet, Perspektiven der Beruhigung in der Eurozone entstehen zu lassen. Eigentlich ist ein Finanzminister Varoufakis, der die EU mit der Sowjetunion gleichsetzt, als Verhandlungspartner unakzeptabel. Aber Kommissionspräsident Juncker verteidigt die Würde der EU hier nicht; hier sieht man schon, wie schwach Brüssel auftritt und damit das Ansehen der EU beschädigen lässt und beschädigt. Es gibt nicht nur die Würde Griechenlands und der Griechen, sondern auch die Würde der Europäischen Union und der Bürgerinnen und Bürger in den EU-Partnerländern Griechenlands. Man kann nur hoffen, dass der Präsident des Europäischen Parlamentes und der Kommissionspräsident die EU-Errungenschaften energisch verteidigen.

Griechenland kann bei unverändert schlechtem Krisenmanagement und fehlender Reformfortsetzung zu einem weiterhin langjährigen Zankapfel in der Eurozone werden, der das

Funktionieren der politischen Systeme in der Eurozone beziehungsweise der EU untergräbt und letztlich das historische Euro-Projekt durch einen Euro-Austritt Deutschlands oder die Auflösung der Eurozone scheitern lässt. Wenn man das Griechenland-Problem nach der Methode behandeln wollte, dass man auf Basis des Varoufakis-Briefs an die EU bzw. den Euro-Finanzministerrat nun vier Monate sich weiter durchwurstelt und dann Jahre mit konfliktreichem Durchwursteln realisieren wollte, trägt dies zu drei Problemen bei:

- Die CDU wird bei der nächsten Bundestagswahl massiv Stimmen an die eurokritische populistische AfD verlieren, deren gestärkte Rolle dann auch verhindern wird, dass Deutschland weitere Kompromisse zur Griechenland-Stabilisierung breit mittragen kann.
- Ein weiteres Zerfallen des bürgerlichen Politiklagers – im Anschluss an das erstmalige Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag in 2013 – wird die ökonomische Prosperität und Stabilität Deutschlands tendenziell untergraben; die Europafähigkeit und EU-Führungskraft Deutschlands ohnehin und das ist eine ökonomisch-politische Schwächung der Eurozone und der EU.
- Es gibt eine wachsende Entfremdung zwischen Großbritannien und der Eurozone und da die Länder der Eurozone ihren Einfluss auf die britische Regierung immer weiter im Zeitablauf wegen des elenden Weiterschwelens der Griechenlandkrise verlieren werden – sie untergräbt das Ansehen der Eurozonen-Länder -, könnte die Eurokrise am Ende auch zum EU-Austrittsbeschleuniger Großbritanniens werden. Ein beginnender EU-Zerfall durch Austritt Großbritanniens wird den populistischen Kräften in Frankreich und Italien massiv Auftrieb geben, die militärische Expansionsneigung Russlands stärken – denn eine zerfallende und wirtschaftliche kriselnde EU ist eine enorme Schwächung der Nato; die EU könnte dann allmählich zerfallen, implodieren.

An solchen Entwicklungen kann in Berlin und Brüssel niemand ein Interesse haben. In Sachen Griechenland sind seitens des Krisenmanagements vor allem in Berlin und Paris große Fehler gemacht worden – niemals hätte man Griechenland als EU-Land in fünf Jahre Rezession mit 25% Einkommensrückgang laufen lassen dürfen (und man hätte nicht die Fehlprognosen des IMF von einem raschen Aufschwung für bare Münze nehmen dürfen); drei Rezessionsjahre Deutschlands in den 1930er Jahren mit -16% Realeinkommensschrumpfung zerstörten die Weimarer Republik, so dass aus Deutschland genug Anschauungsmaterial für politische Zerstörungskraft von Mega-Rezessionen vorliegt. Einen Marshall-Plan, der die Mega-Rezession in Griechenland hätte verhindern können, hat man aus Berlin und Paris aber nicht auf den Weg gebracht. Auch notwendige institutionelle Reformen sind nur teilweise realisiert worden.

Man kann mit einiger Mühe Griechenland stabilisieren, aber hierzu müssten rasch Eckpunkte einer neuen Reformpolitik in durchdachter Weise umgesetzt werden und die griechische Regierung wäre dabei vor eine klare Alternative zu stellen: Umsetzung eines gemeinsam ausgearbeiteten Anpassungsprogrammes, das 60 Mrd. € Schuldenschnitt nach fünf Jahren ergibt – allerdings nur unter der Bedingung, dass Griechenland mindestens 60 Mrd. € an Privatisierungen des auf über 300 Mrd. € anzusetzenden Staatsvermögens in fünf Jahren realisiert: 12 Mrd. € jährlich; eine Variante wäre, dass der Schuldenschnitt nach zwei Jahren zu 30 Mrd. € als erste Hälfte erfolgt, wenn unter Einschaltung der EBRD eine Sonderinstitution Privatisierungsorganisation Hellas gegründet wird, die aus einer Gesamt-Parlamentsliste von Staatsvermögen für den entsprechenden Betrag Aktiva übernimmt und diese international privatisiert; wenn der Erlös den geschätzten Vermögenswert überschreiten sollte, so erhält Griechenland 90% des Zusatzerlöses gutgeschrieben, 2/3 wären zur Schuldentilgung einzusetzen. Griechenland muss sich zudem verpflichten, die gewaltigen Steuerforderungen des griechischen Staates als bislang unerledigtes Problem energisch zu lösen (die Staatsforderungen betragen 2014 etwa 76 Mrd. €). Mit einem vernünftigen Reformprogramm und einer durchdachten investorfrendlichen Wirtschaftspolitik sollte das Land in der Lage sein, 3% Wirtschaftswachstum in der nächsten Dekade zu erreichen. Griechenlands Rückkehr an den Kapitalmarkt müsste binnen zwei bis drei Jahren dann möglich sein. Die Verluste für den deutschen Steuerzahler betragen bei dieser Lösung etwa 0,5% eines Jahres-Bruttoinlandsproduktes. Wenn allerdings durch eine entschlossene Griechenland-Sanierung das

Wirtschaftswachstum in Griechenland und der Eurozone verstärkt anspringt, so sind die faktischen Kosten für den Steuerzahler in Deutschland nahe Null.

Vorschlag: Es wird eine von den großen EU-Ländern – inklusive Großbritannien – getragene Hellas-Zukunftsstiftung (ca. 20 Mrd. € Kapital) gegründet, die Projekte in der beruflichen Bildung, bei Unternehmensneugründungen und Trainingsmaßnahmen von arbeitslosen Jugendlichen finanziert. Zur Unterstützung von Reformen auf der Kommunalebene werden für einige Jahre bevorzugt Städtepartnerschaften mit griechischen Kommunen von der EU finanziert.

Die EU und die EU-Länder sollten Griechenland zudem in den Bereichen Exportförderung, Innovationsförderung und Gründungsfinanzierung gezielt unterstützen; zudem wäre empfehlenswert, dass die Qualität des Schulsystems und des Internets klar verbessert wird.

Es ist dringend für den Wirtschaftsaufschwung in Griechenland sicher zu stellen, dass es ein Reformprogramm gibt, hinter dem die Regierung des Landes mit Überzeugung steht. Dabei ist zugleich darauf zu achten, dass Reformen investorfremdlich und damit wachstumsförderlich sein sollten. Der Gesamtmix von Politikmaßnahmen sollte auch solche wachstumsförderlichen Elemente enthalten, wie sie auf dem Brisbane G20-Gipfel von verschiedenen Ländern zur Wachstumsförderung bis 2018 vorgeschlagen worden sind – mit Überprüfung der Maßnahmen durch die OECD.

Die Fortsetzung der Eurozone mit dem aktuellen Institutionenrahmen ist langfristig nicht vorstellbar, nur eine Euro-Politikunion ist in der Lage, krisenfreie Prosperität und Wachstum in einer Währungsunion nachhaltig zu sichern – mit einem kapitalisierten langfristigen Euro-Vorteil von etwa 10 000 Euro pro Bürger der Eurozone. Hier ist nun politische Führung in Berlin, Paris und anderen Hauptstädten dringend gefragt: Es ist Aufgabe der führenden Parteien, das Thema Euro-Politikunion auf die Agenda zu setzen und eine öffentliche Debatte zu beginnen. Zuvor muss jedoch das Griechenland-Problem zuverlässig und durchdacht gelöst werden.

Die USA haben in 2008-2015 einen Einkommensvorsprung von 10% gegenüber der Eurozone realisiert und damit fehlen der Eurozone rund 1000 Mrd. € an Bruttoinlandsprodukt; davon hätte man einen teilweisen Schuldenschnitt bei Griechenland sehr leicht finanzieren können. Natürlich liegt ein Teil des Wachstumsrückstands der Eurozone nicht nur in der Eurokrise begründet, sondern auch in unzureichenden Reformen in Frankreich und Italien sowie anderen Ländern. Im Übrigen ist die von Hans Werner Sinn vorgebrachte Kritik gegen die EZB, diese würde eine expansive Geldpolitik nur machen, um den südlichen Euro-Ländern zu helfen, völlig unangebracht – die EZB soll und wird Politik für die Eurozone insgesamt machen und natürlich wird es immer einige Länder bzw. Regionen geben, die davon besonders profitieren. In den USA käme kein Ökonom auf die Idee, die Politik der US-Zentralbank zu kritisieren, weil einige Bundesstaaten der USA von einer expansiven Geldpolitik mehr profitierten als andere. Wenn die Institutionen der Eurozone und die dort geführte Debatte nicht bald erwachsen werden, wird die Währungsintegration in Europa scheitern und mit ihr vermutlich auch die EU. Das hätte global negative Auswirkungen. Ein erheblicher Teil der Integrationsdynamik etwa im Mercosur und bei den ASEAN-Ländern – letztere haben zum 1.1.2015 einen Binnenmarkt gestartet – ist dem EU-Vorbild zu verdanken. Aus Berlin, Paris, Rom und Brüssel sowie London muss eine viel energischere EU-Integrationspolitik kommen als bisher. Autoritäre Kräfte und populistische Parteien sowie neuer Nationalismus warten in vielen europäischen Ländern, in eine erkennbare politische Gestaltungslücke zu stoßen.

Empfohlene Studie: Welfens, PJJ (2012), Die Zukunft des Euro, Berlin: Nicolai Welfens, PJJ (2013), Nachhaltige Überwindung der Eurokrise, Stuttgart: Lucius; Euro-Gutachten für die Landesregierung NRW (siehe www.eiiw.eu)

Szenario-Analyse einer Euro-Krise bereits in Welfens, PJJ (2009), Transatlantische Bankenkrise, Stuttgart: Lucius, S. 158f. (Manuskriptabschluss 30. Oktober 2008; an diesem Tag auch Versand des Buchms. per Mail an Chefberater der Bundeskanzlerin)

Euro-Stellungnahmen im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages sowie in englischer Sprache beim Congressional Research Service und beim AICGS/Johns Hopkins University; Zur Bankenkrise Publikationen/Präsentationen, u.a. bei der Schweizerischen Nationalbank.

[Welfens präsentierte zu Hearings bei: US Congress, IWF, Europäisches Parlament, Deutscher Bundestag...](#)